



Presseerklärung

Alarmsignal aus Bremer Schulen: Über ein Fünftel der Lehrkräfte massiv überlastet

Personalrat fordert: Senat muss Notbremse ziehen!

Rund 1800 Lehrkräfte haben auf einer Personalversammlung am 01.06.2006 die dramatische Entwicklung an den Bremer Schulen diskutiert und Maßnahmen gegen die Verschlechterung von Unterricht auf Grund behördlich angeordneter Zusatzarbeit eingeleitet.

Wenige Tage vor der Lehrerversammlung hatte sich die Situation an den Schulen weiter zugespitzt:

Die Bildungsbehörde hatte die Streichung von bis zu 90 Lehrstellen zum Sommer verkündet. Damit hat sich die Zahl der Lehrstellen bei leicht gestiegenen Schülerzahlen innerhalb der letzten zehn Jahre von etwa 5100 um rund 800 auf etwa 4300 verringert.

Besonders betroffen von den Kürzungen ist der Bereich Krankenvertretung, der gestrichen werden soll. Der Bereich Förderung soll um rund 15 % gekürzt werden. „Das ist auch nach übereinstimmender Einschätzung von Zentralelternbeirat, Lehrerverbänden und vielen Bildungspolitikern nach PISA und Rütli-Schule ein absolut falsches Signal“, so der Vorsitzende des Personalrats der rund 180 Bremer Schulen, Hajo Kuckero.

Auf der Versammlung der Lehrkräfte machte sich der Unmut Luft. Insbesondere auf Grund der Gesetzesänderungen seit dem letzten Jahr werden den Lehrkräften viele zusätzliche organisatorische und bürokratische Aufgaben aufgebürdet. „Das ist beim besten Willen nicht mehr zu schaffen, das geht nur noch auf Kosten des Unterrichts. Darunter müssen dann die Kinder leiden!“ hieß es dazu von einer Lehrerin.

Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder, Schulforscher von der Universität Bremen, verwies auf PISA-Ergebnisse und sagte: „Ohne gute Arbeitsbedingungen für Lehrer wird es keine gute Schule geben!“ Er warnte vor den negativen gesundheitlichen Auswirkungen der zu hohen Belastung der Lehrkräfte in Bremen. Eine wesentliche Voraussetzung guten Unterrichts seien gesunde Lehrkräfte. Wer krank ist, sollte sich nicht in die Schule schleppen.

Darüber hinaus wurde auf konkrete Missstände in einzelnen Bereichen hingewiesen. So sei es gänzlich unverständlich, dass Grundschulen ihre Weiterentwicklung zur Ganztagschule mit Personalkürzungen beginnen sollten. Ebenso wurde von Fällen der rechtswidrigen Anordnung zusätzlicher unbezahlter Unterweisungsstunden an Berufsschulen berichtet.

Die Politik des Bildungssenators, Kürzungen an den Schulen durch angeordnete Mehrarbeit der Lehrkräfte zu kaschieren, verletze nicht nur alle Regeln des Gesundheitsschutzes, sondern wirke sich auch verschlechternd auf die Unterrichtsqualität aus, heißt es in dem einstimmig beschlossenen Antrag „Priorität für guten Unterricht“. In diesem Beschluss werden alle Kollegien aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die dieser Politik Widerstand entgegensetzen, z.B. sollten Gesamtkonferenzen neue Aufgaben zurückweisen, wenn dafür keine ausreichende Entlastung bereit gestellt würde. Die Kollegien sollten dem Arbeitgeber mitteilen, dass nicht alle angeordneten Arbeiten zu erledigen sind und eine Prioritätensetzung einfordern.

Rund 350 Lehrkräfte reichten während der Personalversammlung sogar eine persönliche „Überlastungsanzeige“ für den Bildungssenator beim Personalrat der Bremer Schulen ein.